

Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz, Energiegemeinschaften und wir

Im März beschloss der Ministerrat das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG), das daraufhin dem Parlament vorgelegt wurde. Bis 2030 soll jährlich eine Milliarde Euro in den Ausbau erneuerbarer Energie investiert werden. Zentraler Bestandteil des Gesetzes sind die neugeschaffenen Energiegemeinschaften. Doch was sind Energiegemeinschaften und was bedeuten sie für unsere Region?

„Das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz ist unser Gesetz für die Energiewende. Mit ihm bauen wir unser Energiesystem in den nächsten zehn Jahren um – hin zu sauberem Strom für uns alle“, sagt Klimaschutzministerin Leonore Gewessler bei der Präsentation „ihres“ Gesetzes. Ziel des Gesetzes ist es, bis 2030 Österreichs Strombedarf rechnerisch zu 100 % mit erneuerbaren Energieträgern zu decken.

... Covid-19
... Klimawandel und Heizen
... Obstaktion



Das bedeutet, dass die erneuerbare Stromproduktion von bisher rund 53 Terrawattstunden (TWh) auf 80 TWh erhöht werden muss. Neben der jährlichen Milliarde Euro an Investitionen sollen das auch die Energiegemeinschaften möglich machen: Eine Energiegemeinschaft macht es in Zukunft möglich, Strom über Grundstücksgrenzen hinaus gemeinsam zu produzieren, speichern und verbrauchen. Bisher war die gemeinschaftliche Stromerzeugung auf sogenannte „Gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen“ beschränkt. Dabei kann der Strom, der auf einem Gebäude erzeugt wird, allen Bewohner*innen/Mieter*innen ebenjenes Gebäudes bereitgestellt werden. Das Ende der Gemeinschaft ist in diesem Fall die Grundstücksgrenze. Nicht so bei den neuen Energiegemeinschaften: Der Strom von Photovoltaikanlagen auf dem Dach eines Haushalts kann in der gesamten Energiegemeinschaft genutzt werden. Durch den Zusammenschluss wird die Wirtschaftlichkeit des Eigenverbrauches bes-



ser genutzt. Statt den überschüssigen Strom in das öffentliche Netz einzuspeisen, wird er im „privaten Netz“ zur Verfügung gestellt und kann anderswo in der Energiegemeinschaft genutzt werden. So können freie Dächer von Gebäuden mit niedrigem Stromverbrauch (z.B. Altstoffsammelzentrum) für Gebäude mit höherem Stromverbrauch (z.B. Kläranlage) verwendet werden. Für die rechtliche Regelung einer kleineren Energiegemeinschaft erscheint ein Verein am besten geeignet, für größere Gemeinschaften sind aber auch Gesellschaften vorgesehen. Nehmen wir ein Beispiel heran: Die Gemeinde, mit den Photovoltaikanlagen auf ihren öffentlichen Gebäuden, schließt sich mit zehn Haushalten mit eigenen PV-Anlagen und zehn Haushalten ohne PV-Anlagen zu einer Energiegemeinschaft zusammen. Bei der Grün-

dung muss der jeweilige Netzbetreiber informiert werden, der erzeugte Strom wird in der Gemeinschaft geteilt und die Abrechnung erfolgt über die digitalen Stromzähler. Dann kommt der finanzielle Anreiz ins Spiel, denn den Strom gibt's zum „Ortstarif“: Innerhalb der Energiegemeinschaft entfällt der Erneuerbaren-Förderbeitrag, die Elektrizitätsabgabe und ein Teil der Netzgebühren. Das Land Niederösterreich hat es sich zum Ziel gesetzt, die Menge von 391 Gigawattstunden aus dem Jahr 2019 bis 2030 auf 2.000 Gigawattstunden (also 2 Terrawattstunden) zu vervielfachen. Die Energiegemeinschaften sollen dabei einen gehörigen Beitrag zum Erreichen des Ökostromziels bis zum Jahr 2030 stemmen. Neben der offensichtlichen Umweltrelevanz versprechen Energiegemeinschaften aber auch eine aktive Mitsprache der Bevölkerung bei den erneuerbaren Energieprojekten der öffentlichen Hand, sowie eine Dezentralisierung und letztendlich Entlastung des Stromnetzes. Weiterführende Links und mehr Infos zum EAG finden Sie auf unserer Homepage.

UGR Lorenz Gschwent



Hallo, ich bin Covid-19!

Eine frei erfundene Geschichte von Susanne Nanut

Nicht mehr ganz, in der Zwischenzeit bin ich schon very British. Meine alten Kollegen vom Covid-Stamm waren schon etwas müde, sodass ich zur Weihnachtszeit hier aufgetaucht bin, um bis Ostern bereits 83 Prozent der niederösterreichischen Covid-Infektionen für mich in Anspruch zu nehmen. Ich bin ansteckender und auch tödlicher für jüngere Menschen, ich mutiere natürlich weiter, vielleicht schaffe ich es noch (wäre gut möglich bei dem Impftempo!), dass auch die Impfungen für mich ungefährlich werden. Ja den Abstand, den finde ich auch unterhaltsam, früher war es der Babyelefant (ein, zwei drei Monate alt? Mit hängendem, ausgestrecktem oder hochgehaltenem Rüssel?), jetzt sind es zwei Meter Abstand, die die Menschen einhalten müssten, um von mir geschützt zu sein. Ja wer glaubt denn, dass ich ein Metermaß bei mir trage, bevor ich jemanden infiziere? Lustig finde ich auch diese Lockdowns, die immer wieder terminisiert werden. Da ist meine beste Zeit die Woche bevor der Hokuspokus beginnt.

Alle treffen sich noch schnell, bevor sie das nicht mehr dürfen, obwohl ich eh schon so aktiv bin, echt anstrengend. Und dann der Lock-down: Die Geschäfte und Schulen sind zwar geschlossen, aber so viele Verordnungen es gibt, so viele Schlupflöcher sind auch da. Zum Beispiel: Am Osterwochenende sollen sich nur zwei Personen aus zwei verschiedenen Haushalten treffen (ha,ha,ha!), aber Nebenwohnsitzer dürfen in ihr Zweitdomizil fahren. Und dort kommen sie dann alle zusammen, aus mehreren verschiedenen Haushalten, die erwachsenen Kinder der Zweitwohnsitzer kommen alle mit ihren Kindern, um das Osterfest zusammen zu feiern. Das dürfen sie, weil man ja zum Zweitwohnsitz fahren darf. Außerdem wird eh nichts kontrolliert, wegen der Grundgesetze. Aber ich bin ja ein glückliches Virus, weil ich hier so schnell nicht verschwinden werde, Dank der Tatsache, dass ich nicht durch Fachleute, sondern von Politikern bekämpft werde. Es gibt zwar eine Politikerin, die wäre Fachfrau für Epidemiologie, aber auf die hört eh keiner, erstens ist sie eine Frau, zweitens von der Opposition und drittens eben eine Frau. Wäre die nicht in der Politik, säße sie sicher im Fachgremium vom Gesundheitsminister, dann würde sie wenigstens gehört werden. Und so werde ich mich ungestört weiter vermehren, mutieren und vielleicht auch Sie besuchen kommen. Denn während es in der ersten Pandemie-Welle in dieser Gemeinde keine einzige Infektion gegeben hat, sind es jetzt schon über hundert Menschen, deren Leben ich seit Herbst ein bisschen gestört habe. Gestorben ist bis jetzt noch niemand, aber das zu ändern werde ich schon noch schaffen. Und noch was zum Abschluss: Nicht der Ansober, nicht der Kurz sind schuldig an den verheerenden wirtschaftlichen Folgen dieser Pandemie, es ist jeder einzelne, der sich nicht an die Regeln hält, die in der Zwischenzeit in allen Köpfen sein sollten! Weitere „Covidler!“ von Susanne Nanut lesen Sie auf unserer Homepage.

GfGRin Susanne Nanut



Newsletter des Grünen Kleeblattes

Damit wir Sie auch zwischen den Erscheinungsterminen der Kleeblatt-Zeitung über Wissenswertes, aktuelle Themen und Veranstaltungen in der Gemeinde Ulrich-

skirchen – Schleinbach – Kronberg sowie in der Region informieren können, haben wir einen Newsletter eingerichtet, der in unregelmäßigen Intervallen, maximal ein- bis zweimal pro Monat, versendet wird. Wollen Sie diesen Newsletter erhalten, können Sie sich dafür auf unserer Homepage <https://gruenes-kleeblatt.at/newsletter/> anmelden (und natürlich auch jederzeit wieder abmelden).

Das Grüne Kleeblatt

freut sich über alle, die sich für die Entwicklung und Zukunft unserer Gemeinde einbringen und bei uns mit Rat und Tat mitmachen wollen. Wer Interesse hat, bei uns mitzumachen melde sich bitte bei Lorenz Gschwent (lorenz.gschwent@gruenes-kleeblatt.at, 0660/1430032).

Klimawandel und Heizen

Trotz Klimawandels ist Heizen im Winter in unseren Breiten immer noch lebensnotwendig. Das Klimaschutzministerium fördert den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas.

Auch wenn sich der Frühling heuer ein wenig bitten lässt: Wir merken den Klimawandel. Die Winter sind nicht mehr so kalt. Ein angenehmer Nebeneffekt dieser bedenklichen Entwicklung ist, dass so Heizkosten gespart werden. Trotzdem ist Heizen in unseren Breitengraden im Winter immer noch lebensnotwendig. Raumwärme selbst erfordert $\frac{1}{3}$ des Energieeinsatzes in Österreich und ist für 20 % der gesamten CO₂ Emissionen verantwortlich. Ein doch ganz schön beträchtlicher Anteil. An diesem Punkt fragt man sich natürlich, wie wird bei uns geheizt. Zu 38 % wird mit Erdgas geheizt, gefolgt von 25 % mit Holz, Holzschnitzel oder Pellets, je 15 % mit Fernwärme bzw. Heizöl und nur 7 % nutzen Solarenergie oder Wärmepumpen. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass in Österreich derzeit noch mehr als eine halbe Million Haushalte Öl und etwa eine Million Haushalte Gas zur Erzeugung von Raumwärme verwenden – einige davon sicher auch in unserer Gemeinde. Nebenbei bemerkt sind auch noch sogenannte „Allesbrenner“ weit verbreitet. Waren diese in den Nachkriegsjahren eine sinnvolle und zweckmäßige Lösung, so sind sie heutzutage ineffizient und teilweise durch falsche Nutzung umwelt- und gesundheitsgefährdend. Spaziert man in den Wintermonaten durch unsere Gemeinde, sieht man oft dunklen Rauch aufsteigen und hat beißenden Geruch in der Nase. Das ist genau dann der Fall, wenn solche „Allesbrenner“ mit ungeeigneten Materialien beschickt werden, was auch gesetzlich verboten ist. Dazu zählen zum Beispiel Schaltafeln, Spanplatten und anderes behandeltes Holz, Kunststoff (z.B. Getränkeflaschen), Ver-

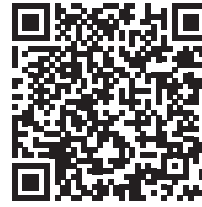


packungsmaterial und anderer Haushaltsabfall. Diese Materialien gehören sachgerecht entsorgt. Hierfür haben wir eine funktionierende Mülltrennung und das Altstoffsammelzentrum in unserer Gemeinde und für beide zahlt ohnehin jede Bürgerin und jeder Bürger Gemeindeabgaben. Bei unsachgemäßer Verbrennung entstehen Feinstaub und andere toxische Gase (die nicht nur die unglücklichen Nachbarn einatmen, sondern auch jener, der den Müll unerlaubterweise verbrennt). Diese können für Krebs, Schlaganfälle und andere Krankheiten verantwortlich sein. Was ist beim Neukauf einer Heizung zu berücksichtigen? Seit 1. Jänner 2019 bereits sind in Niederösterreich Ölheizungen in Neubauten verboten. Laut einer Statistik der TU Wien werden auch Gasheizungen in den nächsten 10–20 Jahren verschwinden. Ein wesentlicher Schritt in diese Richtung ist, dass sich vor wenigen Tagen Vertreter des Umwelt- und des Finanzministeriums sowie der Bundesländer darauf geeinigt haben, Kohle-, Öl- und Gasheizungen schrittweise zu verbieten. Demnach dürfen



Kohle und Öl noch bis 2035 für die Raumheizung verwendet werden, Erdgas bis 2040. Doch bereits ab 2025 sind Kohle- und Ölkessel im Bestand, die ein bestimmtes Alter erreicht haben, auszutauschen. Da die Anschaffung bzw. der Tausch einer Heizung keine kleine Investition ist, stellt das Klimaschutzministerium unter Leitung der grünen Bundesministerin Leonore Gewessler Förderungen zur Verfügung. Damit wird unter dem Motto „raus aus Öl und Gas“ nicht nur der Tausch des Heizkessels finanziell erleichtert und der Ausstieg aus fossilen Energiequellen gefördert, sondern auch in klimafreundliche Technologien investiert und so auch Arbeitsplätze geschaffen und erhalten. 650 Millionen Euro an Förderungen stellt das Klimaschutzministerium in den kommenden zwei Jahren für den Heizungstausch und die Gebäudesanierung zur Verfügung. Für besonders einkommensschwache Haushalte werden zusätzliche Fördermittel bereitgestellt. Pri-

vathaushalte werden beim Tausch eines fossilen Heizungssystems auf einen Nah- bzw. Fernwärmeanschluss und – wo dies nicht möglich ist – auf eine klimafreundliche Wärmepumpe (für Neubauten derzeit sicher die beste Lösung) oder eine Holzcentralheizung mit bis zu 5.000 Euro unterstützt. Zusätzlich eignen sich in Altbeständen für die Energiegewinnung oft Solarthermie und Photovoltaikstrom, insbesondere zur Warmwasserbereitung. Dafür gewährt auch unsere Gemeinde dafür eine Förderung. GRin Gabriele Scharrer-Liska



„Bedien Dich!“



Hunderttausende Tonnen Lebensmittel werden Jahr für Jahr in Österreich weggeworfen, vieles davon noch in gutem Zustand. Meldungen darüber machen uns kurz betroffen oder unangenehm berührt, vor allem wenn wir daran denken, dass täglich Tausende Menschen auf unserer Erde verhungern. Es ist uns zwar nicht bewusst, aber auch in unserer Gemeinde verderben jährlich -zig Tonnen von Obst, jene Früchte, die im Überfluss vorhanden sind und, weil sie

nicht gebraucht oder verarbeitet werden können, nicht gepflückt werden. Mal gibt es eine riesige Zwetschken-ernte, dann wieder ein Überangebot an Marillen, oder an Äpfel, Birnen, Kirschen, Weingartenpfirsichen usw.! Dann gehen die Kompostkübel über, scheidtruhenweise wird verdorbenes Obst zur Grünschnittdeponie gebracht...!

Wir vom Grünen Kleeblatt wollen versuchen, dem entgegenzusteuern: Inspiriert von der Idee des Pflanzentauschmarktes, bei dem ja auch vom Pflanzen-Überfluss an andere verschenkt wird, möchten wir eine Obst-Verschenkinitiative probieren: Wer im eigenen Garten Obst im Übermaß vorhanden hat, kann sich bei der Initiative melden und dieses zum Verschenken anbieten. WICHTIG: Es soll nur Obst in BIO-Qualität und gepflückt sein, keinesfalls Fallobst. Wenn das Selbstpflücken nicht möglich erscheint, dann werden wir versuchen einen Pflückdienst dafür aufzutreiben (das Maß der dadurch entstehenden Arbeit ist noch nicht ganz abzuschätzen...).

Das Obst soll dann auf öffentlichen Plätzen zur freien Entnahme angeboten werden. Beginnen wird dieses Projekt in Ulrichskirchen (da hier schon Helfer*innen bereitstehen), es soll dann auch auf die beiden anderen Ortschaften ausgedehnt werden, wenn Interesse und Bereitschaft zur Mitarbeit vorhanden sind! Wenn du Interesse hast, uns bei dieser Initiative zu unterstützen, dann kannst du folgendes tun:

- Sammele für uns saubere Obsttassen, wie sie im Supermarkt verwendet werden.
- Melde dich, wenn du bereit bist, manchmal beim Pflücken zu helfen.
- Melde dich, wenn du Obst anzubieten hast.
- Wende dich an uns, wenn du Ideen hast, wie wir diese Aktion gut organisieren könnten.



Kontakt: Wolfgang Exler,
Viehtrift 13
Email: wolfgang.exler@ulrichskirchen.net



Impressum: Grünes Kleeblatt
c/o Lorenz Gschwent, 2122 Ulrichskirchen, Hohe Schule 9,
Telefon: 0660 1430032
www.gruenes-kleeblatt.at
Eigenproduktion